

[Startseite](#) | [Wirtschaft](#) | Ausländische Gaskraftwerke laufen mit Schweizer Hilfe

Abo [Kritik an Geschäft mit Gaskraft](#)

Die Schweiz will weniger Treibhausgase, aber fördert Gaskraftwerke im Ausland

Die diesjährige Weltklimakonferenz COP29 steht im Zeichen von Finanzierungsfragen. Besonders umstritten ist, dass der Bund im Ausland Gasprojekte versichert – als Beitrag zum Klimaschutz.



Stefan Häne, **Martin Läubli**

Publiziert: 11.11.2024, 08:40



Gaskraftwerke wie Nhon Trach in Vietnam sollen helfen, vom klimaschädlicheren Öl wegzukommen.

Foto: PD

In Kürze:

- Die Schweizerische Exportrisikoversicherung unterstützt Gaskraftwerke in Vietnam und Turkmenistan trotz CO₂-Emissionen.
- Kritiker werfen der Schweiz vor, so die erneuerbaren Energien zu vernachlässigen.
- Der Bund verteidigt das Engagement.
- Die EU und die OECD diskutieren über ein Verbot der Unterstützung fossiler Brennstoffe.

Sie heissen Nhon Trach 3 und 4 und liegen in Vietnam: Die beiden Gaskraftwerke sollen nicht nur helfen, den steigenden Strombedarf im Süden des Landes zu decken. Vietnam will damit auch etwas für den Klimaschutz tun, denn bei der Verbrennung von Gas entstehen deutlich weniger Treibhausgase als bei Kohle – jenem Energieträger, von dem das Land nach wie vor stark abhängig ist.

Diese relative Verbesserung ändert freilich nichts daran, dass die beiden Anlagen das Klima belasten, jährlich mit mehr als 3 Millionen Tonnen CO₂. Strittig ist vor diesem Hintergrund, ob sie Unterstützung aus der Schweiz erhalten sollen. Die Schweizerische Exportrisikoversicherung (Serv) findet: Ja.

Die öffentlich-rechtliche Anstalt des Bundes hat den gesetzlichen Auftrag, Exporte von Schweizer Unternehmen zu fördern und damit hierzulande Arbeitsplätze zu schaffen. Sie versichert Exporteure zum Beispiel gegen Zahlungsausfälle ausländischer Käufer, damit diese mit weniger Sorgen geschäften können, gerade in Entwicklungs- und Schwellenländern. Die Serv ist nicht steuerfinanziert, ihre Einnahmen stammen aus Prämieinnahmen, welche die Versicherungsnehmer bezahlen.

Im Fall von Nhon Trach 3 und 4 profitiert General Electric Global Parts & Products mit Sitz im aargauischen Baden. Die Genehmigung für die Versicherung erfolgte am 24. September. Das Unternehmen, das im Kanton Aargau etwa 2000 Arbeitsplätze unterhält, liefert die Technologie nach Vietnam, etwa Gasturbinen mit Generatoren und Dampfturbinen.

In einem anderen Fall entschied die Serv bereits Ende Januar. Hierbei geht es um das Gaskraftwerk Kiyanly CCPP in Turkmenistan, das pro Jahr fast 5 Millionen Tonnen CO₂ emittiert. Zusammen mit den beiden Anlagen in Vietnam sind es also 8 Millionen Tonnen CO₂ – was etwa 20 Prozent des Schweizer Treibhausgasausstosses entspricht. Der Exporteur ist der in Luzern domestizierte Generalunternehmer Calik Enerji Swiss AG, Technologielieferant ist auch hier General Electric. Die Versicherungssumme beträgt in Vietnam und Turkmenistan zusammen rund 520 Millionen Franken.

Sommarugas Forderung

Diese Unterstützung kontrastiert mit Aussagen, die Simonetta Sommaruga 2021 an der Klimakonferenz in Glasgow gemacht hatte. Die damalige Umweltministerin forderte, dass staatliche Beihilfe für fossile Energien nicht nur runtergefahren, sondern beendet werden müssten. Die Schweizer Delegation bekannte sich mit rund 30 anderen Ländern in der Folge in der «Glasgower Erklärung» dazu, Firmen, die im Ausland Öl-, Kohle- oder Gasprojekte realisieren, nicht mehr zu begünstigen.

Von einem Widerspruch will man im Wirtschaftsdepartement von Guy Parmelin aber nichts wissen. Die Schweiz sei bestrebt, die Glasgow-Erklärung auch im Bereich der Exportrisikoversicherung Serv umzusetzen. «Hier kann es aber in Einzelfällen zu Zielkonflikten kommen», heisst es beim Staatssekretariat für Wirtschaft Seco.

Das Wirtschaftsdepartement habe sich mit dem Uvek, dem Departement von Umweltminister Albert Rösti, eingehend beraten. «Die Serv versichert keine Projekte mehr, die auf Kohle, Öl und Torf basieren, und vergibt im Unterschied zu vielen ausländischen Agenturen keine Kredite», sagt Seco-Sprecherin Antje Baertschi.

Bund sieht keine Kehrtwende

Beim Gas dagegen beurteilen die beiden von SVP-Bundesräten geführten Departemente die Situation anders: Für eine «klimafreundlichere» Energieerzeugung und den wirtschaftlichen Fortschritt in Entwicklungs- und Schwellenländern seien Gaskraftwerke unter Umständen wichtig – etwa dann, wenn sie in einem Land ein Kohle- oder Ölkraftwerk ersetzen und damit helfen, die CO₂-Emissionen zu senken. Oder wenn sich ein Land noch in einer starken Entwicklungsphase befinde und auf Gas angewiesen sei.

Klimaschützer sprechen von einer Kehrtwende – was das Seco in Abrede stellt. «Das Thema hat sich in den letzten Jahren erheblich weiterentwickelt», sagt Sprecherin Baertschi. Aufgrund der kritischen Gasversorgung im Winter 2022/23 habe sich der Umgang mit fossilen Energieprojekten unter den OECD-Ländern äusserst heterogen entwickelt.

«Eine zu strikte Handhabung von Gaskraftwerkprojekten durch die Serv hätte das Risiko erhöht, dass die Produktion von Exportgütern ausgelagert wird und damit Arbeitsplätze in der Schweiz verloren gehen», so Baertschi. Das Seco halte es daher für sinnvoll, dass die Versicherungsanträge von Fall zu Fall beurteilt würden. Serv-Sprecher Simon Denoth macht denn auch klar: «Es ist nicht ausgeschlossen, dass wir weitere Projekte im fossilen Energiebereich unterstützen werden.»

Kritik an der Schweiz

Dieser Kurs wird vom anerkannten Internationalen Institut für nachhaltige Entwicklung (IISD) streng geahndet. Das Institut hat untersucht, wie die «Erklärung von Glasgow» bisher umgesetzt wurde. Es kommt unter anderem zum Schluss: «Die Schweiz ist das einzige Land, das seine Politik verwässert hat. Die Schweizerische Exportrisikoversicherung Serv hat 2024 eine neue Richtlinie mit Schlupflöchern veröffentlicht, die es ihr erlaubt, das 1,5 Grad Temperaturziel im Pariser Klimavertrag unter bestimmten Umständen zu ignorieren.»

Die Ausrichtung der Serv ist auch politisch umstritten. Der Bundesrat muss jetzt kritische Fragen aus dem linken Lager beantworten. «Ich sehe es als vertane Chance, jetzt rasch und konsequent in erneuerbare Energien zu investieren», sagt SP-Nationalrat Claudia Friedl, die unlängst einen Vorstoss zum Thema eingereicht hat. Damit gehe wertvolle Zeit verloren. Turkmenistan etwa habe perfekte Voraussetzungen zur Nutzung von Wind- und Solarkraft, tue dies heute aber noch nicht. Friedl würde es begrüßen, wenn der Bund es der Serv künftig verbieten würde, solche Gasprojekte zu unterstützen.

Anders tönt es im Lager der Bürgerlichen, wo man darauf verweist, dass die Schweiz aus Gründen der Versorgungssicherheit selber auch auf Gaskraft setze. SVP-Nationalrat Michael Graber sieht Gaskraftwerke im Ausland als hilfreich, «um schneller von Kohlekraftwerken wegzukommen».

Und auch FDP-Nationalrat Christian Wasserfallen findet: «Der Aufbau von Gaskraftwerken ist in vielen Regionen der Welt die einzige Möglichkeit, genügend Strom zu produzieren und der Bevölkerung und Wirtschaft eine solide Energieversorgung zu garantieren.» Wer anders argumentiere, sage nichts anderes, als dass die Schweiz über die Entwicklung und den Lebensstandard anderer Länder bestimme. «Das wäre äusserst anmassend.»

Ein Verbot für den Support solcher Projekte stösst auch in der Mitte-Partei auf Widerstand. «Wir sollten im Einzelfall beurteilen, ob das Projekt auch aus klimapolitischer Sicht vertretbar ist», sagt Mitte-Nationalrat Nicolo Paganini.

EU will Verbot – und die Schweiz?

In Europa scheint die Schweiz mit dem Kurs der Serv ein Aussen-seiter zu sein. So hat die EU im Rahmen des OECD-Abkommens über Exportkredite einen Vorschlag vorgelegt, der es Exportkreditagenturen wie der Serv verbieten würde, generell fossile Brennstoffe – ausser in Ausnahmefällen – zu unterstützen. Mitglieder der OECD haben erste Gespräche geführt. Im November sollen

weitere folgen. Die Schweiz hat sich dazu noch nicht geäußert. Die Chancen, dass es eine Einigung geben wird, stehen nicht eben gut. Die USA werden nach der Wahl von Donald Trump zum neuen US-Präsidenten kaum auf einen solchen Deal eingehen.

NEWSLETTER

Wirtschaft heute

Erhalten Sie die wichtigsten News aus der Wirtschaft sowie die besten Hintergründe und Analysen.

Weitere Newsletter

Abonnieren

Stefan Häne ist Redaktor im Ressort Wirtschaft und berichtet schwerpunktmässig über Energie, Klima, Mobilität und Landwirtschaft. Mehr Infos

✕ @Stefan_Haene

Martin Läubli ist Geograf und seit 2000 Wissenschaftsredaktor bei Tamedia mit Kerngebiet Klima und Energie. Seither besucht und verfolgt er die internationalen Klima- und Umweltkonferenzen. Mehr Infos

✕ @mwlaeubli

Fehler gefunden? Jetzt melden.

54 Kommentare